



gebirge im Berchtesgadener Land. Der mächtige Felsen ist
alten Objekten in Oberbayern. Photo: Geologisches Landesamt

11.12.12.93

...d der Bayerische Pfahl schutzwürdige „Geotope“ katalogisiert

... zurückblicken
... schon immer
... So habe König
... Anweisung zum
... Felspartien in
... gegeben. Das Land
... Bundesland bereits
... Amtsvorgänger Al-
... legende Erfassung
... Naturscheinun-
... gegeben und da-
... rfügung gestellt.
... erfassung in der
... ngsbezirken steht
... elbar bevor. Dann
... d 2800 geotopisch
... dokumentiert -
... tefformen und so-
... charakteristische
... enen Fossilien und
... (wurden) sowie 770
... risch interessante

Objekte wie alte Schürfgruben oder Berg-
werke.
Die Aufnahme in den Katalog der
schutzwürdigen Objekte muß aber nicht
gleichbedeutend mit dem Status eines
Naturdenkmals sein. Darauf machte der
Präsident des Geologischen Landesamtes,
Hubert Schmid, aufmerksam. Außerdem
gebe es unterschiedliche Schutz-Katego-
rien. Manche der Geotope hätten den Sta-
tus eines Naturdenkmals, andere fielen
unter den Natur- und wieder andere unter
den Landschaftsschutz.
Begleitend zu der Dokumentation ha-
ben Umweltministerium und Geologi-
sches Landesamt eine Ausstellung zu dem
Thema erarbeitet. Diese soll in ganz Bay-
ern - vor allem in Schulen - gezeigt wer-
den. Die Dokumentation wurde zunächst
in einer Startauflage von 1700 Exemplaren
gedruckt. Ob eine weitere Auflage folgt,
wird geprüft.

nabt: Medizinische Leistungslängkeit
und flächendeckende Versorgung seien
trotz der drastischen Sparpolitik im Ge-
sundheitswesen nicht gefährdet. Das sagte
Gesundheitsminister Gebhard Glück
(CSU) gestern im Münchner Rathaus auf
der Jahresversammlung der Bayerischen
Krankenhausgesellschaft.

Qualität aufrechterhalten

Glück hatte Lob und Tadel für Bayerns
Hospitaler parat: Nur mit „äußerstem Kos-
tenbewußtsein und größten Anstrengun-
gen“ hätten sie die unverminderte Qualität
ihrer Arbeit aufrechterhalten können. Es
sei den bayerischen Krankenhäusern
hoch anzurechnen, daß sie bisher nicht -
wie in anderen Bundesländern geschehen
- die Behandlung besonders kosteninten-
siver Patienten abgelehnt hätten. Solche

„Das eine oder andere Krankenhaus wird
nicht zu halten sein“, kündigte er an.
Es falle einigen Krankenhäusern
schwer, „sich auf die neuen Gegebenheiten
einzustellen und umzudenken“, sagte
Glück. Er warnte davor, sich gegen den
Strukturwandel zu stellen: „Weitere Re-
aktionen des Gesetzgebers wären dann
wohl unausweichlich.“
Der Krankenhaus-Lobby wollte der Mi-
nister dennoch Mut für die Zukunft ma-
chen: Die Budget-Deckelung des Gesund-
heitsgesetzes bezeichnete Glück als „au-
Dauer zu starr“. Es sei jedoch „ungeklärt“
wie die Passagen des Gesundheits-Geset-
zes zu den künftigen Pflegesätzen auszu-
legen seien. Bei der neuen Bundespflege-
satz-Verordnung, die für 1995 geplant ist,
strebt Glück daher eine möglichst „flexible

Antenne Bayern:

„Mit Brandanschlag nichts zu tun“

München (dm) - Der Sender *Antenne
Bayern* hat klargestellt, daß er nichts mit
dem Brandanschlag von Walter M. auf die
Sendestation von Radio Südtirol zu tun
hat (wir berichteten). Walter M. soll nach
der Staatsanwaltschaft am Landgericht
München II am 25. August 1989 die Süd-
tiroler Sendestation auf dem Schwarzen-
stein mit Dieselöl in Brand gesteckt haben.
Der damalige Sachschaden betrug etwa
800 000 Mark. Zum Zeitpunkt der Tat war
M. Mitarbeiter der Technik in Antenne
Bayern und nicht - wie es in der Unterzeile
zu unserem Artikel „Konkurrenzsender
liegt in Schutt und Asche“ heißt - „früherer
Chef“ des betreffenden Senders.
Antenne Bayern wies gleichzeitig dar-
auf hin, daß der Sender seinerzeit mit einer
Einstweiligen Verfügung gegen Radio
Südtirol 1 die Einstellung der Sendetätig-
keit erreicht und danach mit dem Betrei-
ber eine außergerichtliche Einigung ge-
schlossen habe. Seither werde die betref-
fende Frequenz nicht mehr beeinträchtigt.

Bei Aufnahme bosnischer Flüchtlinge

Hilfe kann to

Verpflichtungserklärung

München (csc) - Familien, die bosnische
Flüchtlinge aufgenommen haben, müsse-
n in Bayern damit rechnen, daß sie für die
entstehenden Kosten bis zum Ende des
Krieges in Ex-Jugoslawien aufkommen
müssen. Dies geht aus der Antwort von
Sozialminister Gebhard Glück (CSU) auf
eine mündliche Anfrage des Landtags
abgeordneten der Grünen, Hans-Günther
Schramm, hervor. Darin heißt es lapidar,
die Verpflichtungserklärungen, die die
Gastfamilien abgeben mußten, hätten den
Sinn, „einer ungesteuerten Einwanderung
in die Bundesrepublik Deutschland zu be-
gegnet“ und die Belastungen der öffent-
lichen Hand möglichst gering zu halten.
Schramm nennt dies „kaltschnäuzig“, zu-
mal das bayerische Sozialministerium da-
von ausgeht, daß ein „Ende der kriegs-
schen Auseinandersetzungen im ehemali-
gen Jugoslawien nicht abzusehen ist“.
Die Staatsregierung, heißt es in der An-

11.12.12.93

Wie der Finanzminister eine alte Rechnung